

Frieden gewaltfrei fördern – Zivile Friedensbildung an Schulen stärken

Friedhelm Schneider

Zum Kontext: Die zivile Orientierung unserer Gesellschaft braucht Friedensbildung

Während der zurückliegenden UN-Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit (2001-2010) (1) ist Deutschland vom fünften auf den dritten Platz der Rüstungsexport-Weltrangliste aufgestiegen. Unabhängig von der politischen Farbskala der jeweiligen Regierungskoalition wurde eine Entwicklung vorangetrieben, die de facto im Geschäft mit dem Tod nationalen Wirtschaftsinteressen den Vorrang vor einer nachhaltigen Friedenspolitik einräumt. Im selben Zeitraum haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestags 5,6 Milliarden Euro für den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan bewilligt. Für den Zivilen Friedensdienst, ein wichtiges deutsches Friedensförderungs-Programm, standen demgegenüber knapp 0,2 Milliarden (!) zur Verfügung.

Die wirksame Umsetzung einer restriktiven Rüstungsexportkontrolle und die vorrangige Förderung der nicht-militärischen Konfliktbearbeitung sind grundlegende Forderungen einer zivilen Friedensethik, die sich in der deutschen Realpolitik nur unzureichend widerspiegelt. Aus gutem Grund ist daher der Ruf nach einem konsequenten Ausbau der zivilen Friedensbildung lauter geworden. Denn es liegt auf der Hand: Die Chancen für den Vorrang nicht-militärischer Politik-Optionen stehen schlecht, solange Militär-Interventionen gesamtgesellschaftlich als unvermeidlich oder alternativlos hingenommen werden. Um eine nachhaltig zivile Orientierung der praktischen Politik voranzubringen, bleibt es notwendig, dass Erfolgsbeispiele von Gewaltprävention, von zivilem Konfliktaustrag und zivilgesellschaftlichen Versöhnungsprozessen nicht Expertenwissen bleiben, sondern Allgemeinbildung werden.

Zur Rheinland-Pfälzer Kooperationsvereinbarung: Friedensbildung macht Schule

Am 15.08. 2011 wurde in Mainz die bundesweit erste Kooperationsvereinbarung eines Bildungsministeriums mit einem Zusammenschluss von Friedensorganisationen unterzeichnet. Das Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz umfasst derzeit 19 Mitgliedsorganisationen, die sich im Bereich der kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit engagieren oder als Friedensdienste Freiwillige in Auslandsprojekte entsenden. Gemeinsames Anliegen der Netzwerk-Mitglieder ist es, die zivile Friedensbildung in Rheinland-Pfalz zu stärken und daran mitzuwirken, dass Praxiserfahrungen ziviler Friedensarbeit unkompliziert den Weg an die Schulen finden. Die zu begrüßende Aussetzung der Wehrpflicht wird zur Folge haben, dass in unserer Gesellschaft – und somit auch unter Schüler/innen – die Beschäftigung mit der Problematik kriegerischer Gewalt und mit dem notwendigen Vorrang ziviler Alternativen abnimmt. Den Bildungsverantwortlichen soll geholfen werden, hier gegenzusteuern, damit friedensethische Themen nicht aus dem Blick geraten.

Im Zentrum der Kooperationsvereinbarung zur Friedensbildung steht die Erziehung »zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft«, wie sie das rheinland-pfälzische Schulgesetz bekräftigt. In Übereinstimmung mit der UN-Kinderrechtskonvention soll ein Wertehorizont gefördert werden, der Schülerinnen und Schülern ein Leben »im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung und der Freundschaft zwischen allen Völkern« anstreben lässt. Vor diesem Hintergrund unterstreicht das aktuelle Bildungsabkommen die

- »Förderung der Kenntnis von nichtmilitärischen Lösungsansätzen in Krisen und Kriegssituationen, und die
- Verbreitung von Wissen und Vermittlung von Erfahrungen aus zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Friedensförderung, z. B. in den Bereichen: Ursachenforschung, Prävention, Mediation, Konfliktaufarbeitung, Geschichte der Friedensbewegung und Freiwilligendienste«..

Schon dieses exemplarische Zitat macht deutlich: Wir haben es hier mit einem selbständigen Bildungsabkommen zu tun, das eigene zukunftsrelevante Inhalte setzt. Es wäre ein Missverständnis, die neue Vereinbarung ausschließlich als Reparaturmaßnahme zu werten, die die problematischen Folgen des vorausgegangenen Kooperationsvertrags mit der Bundeswehr (2) abmildern soll. Rückblickend betrachtet hat die im Februar 2010 vereinbarte Übereinkunft des Mainzer Bildungsministeriums mit der Bundeswehr sich als zunächst ungewollter »Türöffner« für die aktuelle Friedensbildungs-Vereinbarung erwiesen. Die kritische Resonanz auf die nunmehr vertraglich gesicherte Schulpräsenz der Bundeswehr hatte zur Folge, dass die notwendige Verankerung ziviler Friedensbildung in der Schulpraxis neu in den Blick kam. Zu den Ergebnissen des sich daraus entwickelnden Diskussionsprozesses gehört das Friedensbildungs-Abkommen vom 15.08.2011: Es bezieht seine Plausibilität aus seiner menschenfreundlich-zukunfts-fähigen Orientierung. Es verdeutlicht offiziell, dass der Bundeswehr in Fragen der Friedensethik und -gestaltung keine schulische Deutungshoheit zukommt. Und es stellt klar, dass sachkundige Referent/innen aus dem Umfeld der Friedensbewegung grundsätzlich ihren Platz im Schulunterricht haben können – nicht nur da, wo zufällig vorhandene persönliche Beziehungen dies unter der Hand ermöglichen.

Bemerkenswert ist, dass hier ein staatlicher Bildungsträger im pädagogisch und politisch sensiblen Handlungsfeld der Friedensbildung ein verbindliches Abkommen mit einem Netzwerk gewaltkritischer zivilgesellschaftlicher Akteure schließt. Dass ein solches Vorgehen nicht nur auf Zustimmung stößt, verwundert nicht: Während einerseits die CDU-Landtagsopposition eine Vereinbarung mit Friedensorganisationen als »Geringschätzung der Bundeswehr« ablehnt, distanzieren sich andererseits Teile der regionalen Friedensszene von dem Kooperationsabkommen, weil es indirekt zur Stabilisierung der Bundeswehrpräsenz an Schulen beitrage. In beiden Fällen wird – einmal positiv, einmal negativ konnotiert – das Auftreten der Jugendoffiziere zu einem wesentlichen Bezugspunkt schulischer Friedenserziehung erklärt. Die Mainzer Kooperationsvereinbarung zur Friedensbildung setzt einen anderen Schwerpunkt: Sie will durch praktische Angebote dazu beitragen, dass Erfahrungswissen und Kompetenzen aus dem Bereich der Friedensbewegung Eingang in die schulische Bildungsarbeit finden und Friedens-relevante Reflexionsprozesse fördern.

Auch in anderen Bundesländern gibt es Initiativen, das Anliegen einer qualifizierten zivilen Friedensbildung stärker im Schulalltag zu verankern. Dabei ist es zunächst zweitrangig, ob dieses Ziel mit oder ohne eigenständige Verträge zwischen Friedensgruppen und Kultusministerien erreicht wird. In erster Linie muss es darum gehen, das Friedensbildungs-Anliegen bekannter zu machen und einfache Zugänge für die Schulpraxis zu ermöglichen. Ein aktuelles Beispiel für eine verbindlich geregelte Zusammenarbeit gibt es im benachbarten Bundesland Hessen. Ausgehend vom Text der Rheinland-Pfälzer Kooperationsvereinbarung wurde am 18.04.2012 in Frankfurt eine ganz ähnliches Abkommen zur zivilen Friedensbildung zwischen dem Netzwerk Friedensbildung Hessen und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Hessen unterzeichnet. Unabhängig davon, dass Angebote und Werbemaßnahmen der Bundeswehr traditionell in Waldorfschulen keinen Platz haben, wird hier das Bestreben, gewaltfreie Konfliktlösungskonzepte bekannter zu machen, als wichtige Aufgabe schulischer Bildung angesehen. Durch die Kooperation mit dem Netzwerk Friedensbildung erhofft sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen eine inhaltliche Unterstützung bei dem Anliegen, Friedensförderung für Waldorfschüler in all ihren Facetten erfahrbar zu machen.

Zur Schulpraxis: Welchen Beitrag kann die Kooperationsvereinbarung leisten?

Ihrer Präambel entsprechend will die Rheinland-Pfälzer Kooperationsvereinbarung »zivilgesellschaftlichen Sachverstand und praktische Erfahrung in friedensfördernden Einsatzfeldern für Schulen nutzbar machen«. In Zusammenarbeit mit dem Mainzer Bildungsministerium, das finanzielle und organisatorische Unterstützung leistet, fördert das Netzwerk Friedensbildung den Unterricht, indem es Referent/innen zu Friedensfragen, Zeitzeugen der Friedensbewegung, Absolvent/innen von Friedens- und Freiwilligendiensten oder auch einzelne Exkursionsangebote vermittelt. Die vorgeschlagene Themenliste reicht vom persönlichen Nahbereich (»Selbst was für den Frieden tun«, »Friedensarbeit in der Region«) bis hin zu strukturellen und konzeptionellen Fragen (z. B. »Deutsche Waffen ins Ausland?«, »Konversion – die Schwester der Abrüstung«, »Menschenrecht Kriegsdienstverweigerung«, das Konzept der »Menschlichen Sicherheit«). Über die Netzwerk-Homepage www.netzwerk-friedensbildung-rlp.de ist ein direkter Zugang zu den jeweiligen Referent/innen oder Friedensorganisationen gewährleistet. Die thematischen Impulse der Netzwerk-Mitglieder beziehen sich mehrheitlich auf den Sozialkunde- und Religionsunterricht, vorwiegend ist die Sekundarstufe II im Blick.

Natürlich wird das Netzwerk auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, eine landesweit flächendeckende »Versorgung« mit Friedensbildungs-Expert/innen sicherzustellen. Die Kapazität des augenblicklichen Angebots liegt bei insgesamt ca. 200 Schulbesuchen im Schuljahr. D. h. wenn alle Angebote genutzt würden, könnte in Rheinland-Pfalz an jedem Schultag des laufenden Schuljahres eine ergänzende Friedensbildungsveranstaltung stattfinden.

Friedenspolitisch wird weiterhin ein kritisches Monitoring schulischer Bundeswehr-Aktivitäten notwendig sein, zu denen bekanntlich nicht nur Jugendoffiziers-Vorträge, sondern auch Schülerzeitungsseminare, fragwürdige Erlebnis-Exkursionen und neuerdings auch organisierte Schülertelefonate mit ausgesuchten Bundeswehr-Angehörigen im Auslandseinsatz gehören. Neben der politischen Problematisierung von Werbestrategien, die im Gewande der Bundeswehr-Informationsarbeit daherkommen, gilt es friedenspädagogisch die Chancen zu

nutzen, die die Kooperationsvereinbarung zur Friedensbildung bietet. Dazu gehört es, unter Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften die Information zu verbreiten, dass es offiziell möglich ist, Mitglieder der Friedensbewegung und ihre Argumente an die Schule zu holen.

Anmerkungen

(1) Zur Programmatik der Dekade s.

<http://ecunet.de/gewaltueberwinden/gew.akteure/gew.intpartner/gew.undekade/index.html>

(2) Zur Kooperationsvereinbarung des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums mit der Bundeswehr vom 25.02.2010 vgl. u. a. die kritische Stellungnahme der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt unter www.frieden-umwelt-pfalz.de/4362_14156.htm

Hinweis

Den Text der Kooperationsvereinbarung, die Angebote der Netzwerk-Mitglieder und ergänzende Informationen enthält die Homepage des Netzwerks Friedensbildung Rheinland-Pfalz: www.netzwerk-friedensbildung-rlp.de.

Autor

Pfarrer Friedhelm Schneider leitet die Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Pfälzischen Landeskirche in Speyer und ist Sprecher des im Mai 2011 gegründeten Netzwerks Friedensbildung Rheinland-Pfalz.

Kontakt:

Friedhelm Schneider

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz

Große Himmelsgasse 3

67346 Speyer

Telefon: (0 62 32) 6 71 50

Fax: (0 62 32) 67 15 67

E-Mail: schneider@frieden-umwelt-pfalz.de

<http://www.evkirchepfalz.de/>

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de